Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1,80 Mark, monatlich 60 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 20 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die sechsgespaltene Petitzeile kostet 9 Pfennig, die Reklamezeile 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Anzeigenpreis für die neungespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 42 | Postscheck-Konto: Berlin 62 448 | Sonnabend, den 14. März 1925 | Postscheck-Konto Berlin 62448. | 24. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Sitzungseinladung.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung werden hiermit zu einer Sitzung auf **Montag, den 16. März d. Js. abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses** unter dem Hinweis eingeladen, daß die in der Sitzung nicht anwesenden Mitglieder an die gefaßten Beschlüsse gebunden sind.

Tagesordnung:

1. Bevollmächtigung zur Durchführung einer Vertragsänderung.
2. Erhöhung einer Bürgschaft.
3. Verleihung des Gemeinderechts.

Birkenwerder, den 13. März 1925.

Der stellv. Gemeindevorsteher. Daubert.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Einladung zur Gemeindevertreter-Sitzung.

Zu der auf

Montag, den 16. März, abends 7½ Uhr, im Gemeindesitzungssaal

anberaumten Versammlung der Gemeindevertretung, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschlossen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeindevertretung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung.

Oeffentliche Sitzung.

1. Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung.
2. Festsetzung einer Anerkennungsgebühr.
3. Nachbewilligung von Amtsunkosten.
4. Nachbewilligung von Schullasten.
5. Erhöhung des Zuschlags zur Grundvermögensteuer.
6. Erhöhung des laufenden Kredits.
7. Erlaß eines Nachtrags zur Hundesteuer-Ordnung.
8. Festsetzung des Feuerwehr-Beitrages.
9. Ankauf eines Platzes.
10. Auflassung von Straßenland.
11. Abänderung des Bebauungsplanes.

Nichtöffentliche Sitzung.

12. Niederschlagung von Armenkosten.
13. Niederschlagung rückständiger Steuerbeträge.

Mit Rücksicht darauf, daß am 31. März 1925 das Steuerjahr 1924 abschließt und alle Steuern bis dahin restlos bezahlt und an die Staatl. Kassen abgeführt sein müssen, sind die für den Monat März fälligen Steuern bis zum 18. d. Mts. an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen. Vom 20. d. Mts. ab müssen die Restbeträge auf Kosten der Zahlungspflichtigen zwangsweise beigetrieben werden.

Eine besondere Mahnung erfolgt nicht mehr.

Borgsdorf, den 14. März 1925.

Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

Die Aufnahme der am 1. April d. Js. schulpflichtig werdenden Kinder aus Borgsdorf - Pinnow findet am Donnerstag, den 19. d. Mts., nachm. 3 Uhr, im Schulhause statt.

Schulpflichtig sind diejenigen Kinder, die bis zum 30. Juni d. Js. das 6. Lebensjahr vollendet haben. Die Kinder sind persönlich vorzustellen. Impf- und Geburtsschein sind mitzubringen.

Borgsdorf, den 13. März 1925.

Schumacher, 1. Lehrer.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Raupen-Vertilgung.

In den nächsten Tagen findet eine Revision der Gärten auf Blutläuse statt. Diejenigen Besitzer, in deren Gärten Blutläuse vorgefunden werden, haben eine Geldstrafe in Höhe von 60 R.-M. zu erwarten, wenn die Verseuchung auf unterlassene Baumpflege zurückzuführen ist.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Arbeitsburschen für die Landwirtschaft.

Um dem Mangel an brauchbaren Arbeitsburschen zu begegnen, werden auch in diesem Jahre durch die Landesämter junge Leute im Alter von 15 bis 21 Jahren aus dem Ruhrgebiet in die Landwirtschaft vermittelt werden. Bisher sind mit diesen Burschen gute Erfahrungen gemacht worden. Das Angebot kann deshalb nur empfohlen werden. Die Vermittlung erfolgt unter der Bedingung, daß Tariflohn gezahlt und — sofern der Arbeitsbursche bis zum 1. November 1925 bei dem Arbeitgeber aushält — für die Rückreise ein Zuschuß von 15 M. vom Arbeitgeber gewährt wird. Bedarfsanmeldungen sind möglichst bald zu richten an den

Kreisarbeitsnachweis Niederbarnim

Berlin NW. 40, Friedrich-Karl-Ufer 5.

Was gibt es Neues.

— Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons wurde am Donnerstag mittag im Reichstag feierlich vereidigt.

— Im Völkerbundsrat hielt Chamberlain eine große Rede über das Genfer Protokoll und die Sicherheitsfrage.

— Wie verlautet, wird Staatssekretär Trendelenburg in etwa drei Wochen die Führung der deutschen Wirtschaftsdelegation wieder übernehmen.

— Der Völkerbundsrat hat die Frage der Militärkontrolle in der entmilitarisierten Rheinzone bis zum 8. Juni verschoben.

Jarres Präsidentschaftskandidat.

Der Loebell-Ausschuß hat gestern abend, nachdem die Vertreter des Zentrums erneut nicht in der Lage waren, eine endgültige Stellungnahme ihrer Partei zu einer Sammelkandidatur aller nichtsozialistischen Parteien mitzuteilen, die bereits am Sonnabend einstimmig beschlossene Proklamation des Oberbürgermeisters Dr. Jarres zum Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl ausgesprochen. Oberbürgermeister Dr. Jarres hat die Kandidatur angenommen. Daraufhin hat das Zentrum beschlossen, den derzeitigen Ministerpräsidenten Marx als seinen Kandidaten aufzustellen; auch die Demokraten wollen mit einer eigenen Kandidatur Hellpach hervortreten.

Chamberlain über den Sicherheitspakt.

Das Protokoll bringt keine Sicherheit.

Unter starkem Andrang des Publikums hielt Chamberlain am Mittwoch in öffentlicher Sitzung des Völkerbundes seine große Rede über das Genfer Protokoll und die Sicherheitsfrage. Chamberlain sprach langsam und ohne jedes Temperament. Er begann seine Rede mit der Feststellung, daß die britische Regierung auf das Sorgfältigste

das Genfer Protokoll

studiert habe. Leider wäre es hier wegen der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen, die Anschauungen der Dominions anders als auf telegraphischem Wege zu hören. Die Annahme des Protokolls wäre sowohl für Kanada, für Australien, Neuseeland, Afrika und Indien nicht möglich. Die Anschauungen der irischen Regierung wären Chamberlain nicht bekannt.

Fortfahrend gibt er im ersten Teil seiner Ausführungen eine eingehende Würdigung der Gründe, aus denen die britische Regierung einen großen Teil des **Protokolls nicht unterzeichnen konnte, läßt aber die Möglichkeit offen, das Protokoll von neuem durch die** Vollversammlung beraten zu lassen.

Die britische Regierung teile nicht die Ansicht, daß ohne Sanktionen der Völkerbund ohnmächtig wäre, alle Sanktionen hingen von der Kraft der Verträge ab. Wenn die Verträge wertlos seien, so würden es auch die Sanktionen sein. In besonderen Fällen könnten die Sanktionen allerdings beibehalten werden.

Wir glauben nicht an die in der Welt verbreiteten Alarmrufe. Das wichtigste Mittel, sie zu bekämpfen, ist die Bestimmungen des Paktes zu verstärken, und aus dem Pakt ein Instrument zu machen, das uns den Frieden sichert. **Das Protokoll bringt uns die Friedensversicherung nicht,** es verschärft wohl die Verantwortung der Völkerbundsmitglieder, aber es erleichtert ihre Aufgabe nicht. Der Völkerbund ist aus einer Zeit der tiefsten Feindschaft erwachsen, die aus historischen und anderen Gründen die großen und mächtigen Staaten der Welt teilte. Es ist möglich, daß diese Feindschaften grundlos waren, aber wenn sie tatsächlich vorhanden sind, so wird es nicht gelingen, sie durch die erste Methode der Regelung der Streitigkeiten zu beseitigen.

Wir befürchten in Zukunft nicht die Ungerechtigkeit in der Welt, sondern wir befürchten einen neuen Krieg, der aus dem Gefühl der Rache entstehen würde. Deshalb ist die britische Regierung der Ansicht, daß es nur eine Lösung gibt, den Pakt zu vervollständigen und ihn durch Sonderabkommen zu ergänzen, die den besonderen Verhältnissen und Bezeichnungen der einzelnen Staaten zueinander Rechnung tragen.

Um einen dauernden Frieden zu gewährleisten, müßten diejenigen Staaten, die aufeinander angewiesen sind, durch besondere Verträge gebunden werden, denn diese Staaten können am ehesten den Anlaß zu neuen Kriegen geben. Es wird nicht schwer sein, eine bessere Garantie gegen zukünftige Unglücksfälle zu finden. Chamberlain wiederholt weiter die Bedeutung des Eintritts Amerikas in den Völkerbund.

Amtsübernahme von Dr. Simons.

Die Vereidigung im Reichstag.

— Berlin, 12. März.

Heute mittag kurz nach 12 Uhr fand im Plenarsitzungssaale die feierliche Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons auf die Verfassung statt. Mit Ausnahme der Kommunisten waren sämtliche Fraktionen vertreten. Wenige Minuten nach 12 Uhr betraten Reichstagspräsident Löbe und stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons sowie die Mitglieder des Reichskabinetts den Saal. Der Reichstagspräsident Löbe richtete an Dr. Simons folgende Ansprache:

„Herr Reichsgerichtspräsident! Nach dem plötzlichen und tiefbeklagten Hinscheiden des Herrn Reichspräsidenten Ebert hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. März 1925 Sie zum Stellvertreter des Herrn Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten gewählt. Die Verfassung fordert, daß der Reichspräsident und sinngemäß also auch sein Vertreter den im Artikel 42 vorgeschriebenen Eid vor dem Reichstage ablegt. Ich habe die Mitglieder des Reichstags zu diesem feierlichen Akt zusammengerufen und erlaube mir, Ihnen die Eidesformel zu überreichen. Ich ersuche das Haus, sich zu erheben, und bitte Sie, den Eid abzulegen."

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons sprach sodann folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

Nachdem Reichstagspräsident Löbe alsdann im Namen des Reichstags Herrn Dr. Simons seinen Glückwunsch ausgesprochen hatte, ergriff dieser noch mals das Wort, um dem Reichstagspräsidenten für den Glückwunsch zu danken. Er führte dabei u. a. aus:

„Ich weiß wohl — das Gesetz sagt es klar —, daß ich die Ehre nicht sowohl meiner Person als der Stellung zuzuschreiben habe, in die mich der verstorbene Reichspräsident erhob, und gerade das freut mich, denn dadurch betont das Gesetz die Bedeutung des deutschen Richtertums, dem ich mit Stolz angehöre. Aus ihm bringe ich in mein Zwischenamt das innere Gebot der Unparteilichkeit, von dem vielbetrauerten Toten, den ich vertrete, nehme ich das Vorbild der Treue und Würde, durch die er seinem Amt die Achtung der Welt erwarb. Seine hohen politischen Gaben sind kein übertragbares Erbe. Aber wie ich geschworen habe, die Pflichten dieses Amtes gewissenhaft zu erfüllen, so bin ich auch entschlossen, seine Rechte mit Festigkeit zu wahren, damit ich sie unversehrt in die Hände des Mannes legen kann, den sich bald zum erstenmale in seiner wechselvollen Geschichte das ganze deutsche Volk, soweit es staatlich geeint ist, in freier, unmittelbarer Wahl zum Oberhaupt küren wird." (Lebhafter Beifall.)

Mit einem Händedruck verabschiedete sich der stellvertretende Reichspräsident von dem Reichstagspräsidenten.

Damit war der feierliche Akt beendet.

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Der Reichstag nahm heute zunächst in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die im Juni stattfinden soll, nach den Beschlüssen des Ausschusses an. Der Ausschuß hat beschlossen, die Handwerksbetriebe besonders festzustellen. Ferner wird die Regierung aufgefordert, eine Enquette vorzunehmen, durch die die Bildung von Konzernen und Interessengemeinschaften in der deutschen Wirtschaft festgestellt wird.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Zusatzsteigerung für Renten aus der Invalidenversicherung, die der Ausschuß für soziale Angelegenheiten unter Erhöhung der Vorschläge der Regierung angenommen hat.

Reichsfinanzminister v. Schlieben erklärt, daß die Regierung trotz erheblicher finanzieller Bedenken der Neueinstellung von 115 Millionen Mark für die Aufwertung der Invalidenrenten zugestimmt habe. Darüber noch erheblich hinauszugehen, halte die Regierung aber nicht für möglich. Eine Erhöhung des Reichszuschusses zur Invalidenrente um 50 Proz. sei das alleräußerste, was eine vorsichtige Finanzpolitik noch verantworten könne. Der Minister bittet dringend, es bei den Beschlüssen des Ausschusses zu belassen.

Die Verschiebung der Kreistagswahlen.

Aus dem Landtag.

— Berlin, 12. März.

Der Landtag beriet heute in zweiter Lesung den Gesetzesvorschlag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten über die Hinausschiebung der Wahlen für die Provinziallandtage und Kreistage. Der Ausschuß hat vorgeschlagen, die Empfehlung des 1. Juli 1925 als Endzeitpunkt für diese Wahlen noch weiter zu verlängern, und zwar auf den 1. November 1925.

In der Aussprache wenden sich die Abgeordneten v. Mirbach (Dntl.) und v. Eynern (D. Vp.) sowie der Kommunist Dörr scharf gegen die Verschleppung der Wahl, während Ministerialdirektor Müller, sowie die Abgg. Schüling (Ztr.). Haas (Soz.), Müller-Franken (Wirtsch. Vgg.) und Greßler für den Antrag eintreten.

In der Abstimmung wird der gemeinsame Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf sofortige Anordnung der Neuwahlen gegen die Antragsteller sowie gegen die Freiheitspartei und die Kommunisten abgelehnt.

Beschlußunfähig!

Es folgt die Abstimmung über den Ausschußantrag, wonach die Wahlzeit der Abgeordneten bis zum 1. November 1925 verlängert wird. Auf Antrag Lüdicke (Dntl.) ist die Abstimmung namentlich. Bei der Abstimmung stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Es wurden nur 202 Karten abgegeben. Vizepräsident Garnich schließt die Sitzung und beruft auf sofort die neue Sitzung ein.

Als erster Punkt der neuen Sitzung steht auf der Tagesordnung die erste Beratung der Novelle zu dem Gesetz über die vorläufige

Grundvermögensteuer